Sitzung des Ausschusses für Mobilität und
Verkehrsflächen am 31.05.22

Sehr geehrter Herr Dr. Cramer,

wir bitten, folgenden Antrag der FWG auf die Tagesordnung zu nehmen:

„Die Stadt Bergisch Gladbach schließt sich der Initiative "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten – eine neue kommunale Initiative für stadtverträglicheren Verkehr" an.“

Begründung:

Der Verkehr in Bergisch Gladbach soll effizienter, klimaschonender und sicherer werden. Dieses Ziel wird von vielen Kommunen in Deutschland geteilt. Deswegen hat sich die Initiative "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten – eine neue kommunale Initiative für stadtverträglicheren Verkehr" gebildet, der sich schon über 100 Städte angeschlossen haben, darunter unsere Nachbargemeinde Köln.

Die Initiative fordert die Bundesregierung auf, den Kommunen mehr Handlungsspielraum bei der Anordnung von Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts einzuräumen. Es sollen die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die Kommunen im Sinne der Resolution des Deutschen Bundestags vom 17.01.2020 ohne weitere Einschränkungen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts dort anordnen können, wo sie es für notwendig halten.

Wortlaut der Erklärung:

„Die für Mobilität und Stadtentwicklung zuständigen Beigeordneten, Bürgermeister:innen und Stadtbaurät:innen der unterzeichnenden Städte erklären daher:

1. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit der Mobilitäts- und Verkehrswende mit dem Ziel, die Lebensqualität in unseren Städten zu erhöhen.
2. Wir sehen Tempo 30 für den Kraftfahrzeugverkehr auch auf Hauptverkehrsstraßen als integrierten Bestandteil eines nachhaltigen gesamtstädtischen Mobilitätskonzepts und einer Strategie zur Aufwertung der öffentlichen Räume.
3. Wir fordern den Bund auf, umgehend die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Kommunen im Sinne der Resolution des Deutschen Bundestags vom 17.01.2020 ohne weitere Einschränkungen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts dort anordnen können, wo sie es für notwendig halten.

4. Wir begrüßen ein vom Bund gefördertes begleitendes Modellvorhaben, das wichtige Einzelaspekte im Zusammenhang mit dieser Neureglung vertieft untersuchen soll (u. a. zu den Auswirkungen auf den ÖPNV, zur Radverkehrssicherheit und zu den Auswirkungen auf das nachgeordnete Netz), um ggf. bei den Regelungen bzw. deren Anwendung nachsteuern zu können.“

Ratsfraktion
FREIE WÄHLERGEMEINSCHAFT
BERGISCH GLADBACH

gez. Benno Nuding
Vorsitzender

Anhang:
Liste-Initiativstädte-Unterstützer-Tempo-30-Stand 31.01.22
Positionspapier-Städteinitiative-Tempo-30